

# Die Koordination des WTO-Rechts mit anderen völkerrechtlichen Ordnungen•

Konflikte des materiellen Rechts und Konkurrenzen  
der Streitbeilegung

Von

Jan Neumann



Duncker & Humblot • Berlin

# Inhaltsverzeichnis

## *Einleitung*

### Zunehmende Überschneidungen völkerrechtlicher Ordnungen

A. Handel und Umweltschutz/Gesundheit . . . . .	37	<sup>n</sup>
B. Handel und Arbeitsrechte . . . . .	39	
C. Handel und Menschenrechte . . . . .	40	
D. Handel und geistiges Eigentum . . . . .	41	
E. Handel und Finanzen, Handel und Entwicklung . . . . .	41	
F. Handel und Postverkehr, Handel und Telekommunikation . . . . .	43	
G. Bewertung der Konflikte, Inhalt der Untersuchung . . . . .	43	X
H. Gang der Untersuchung . . . . .	45	

## */. Teil*

### Prinzipien des Verhältnisses und der Koordination völkerrechtlicher Ordnungen

#### */. Kapitel*

#### **Internationale Regime und Organisationen, Zuständigkeiten ihrer Organe**

49

A. Internationale Organisationen, Regime und Ordnungen . . . . .	49
I. Internationale Organisationen . . . . .	49
II. Internationale Regime . . . . .	50
III. Der Begriff der (Vertrags-)Ordnung . . . . .	53
B. Typische Organstruktur internationaler Organisationen/Regime . . . . .	54
I. Sekretariate . . . . .	55
II. Politische und rechtsetzende Organe . . . . .	56
1. Höchste Organe . . . . .	56
2. Permanente Organe . . . . .	56
3. Spezialorgane . . . . .	56
III. Beratende Ausschüsse und Kommissionen . . . . .	57
IV. Streitbeilegungsorgane . . . . .	57
V. Parlamente und beratende Versammlungen . . . . .	58
VI. Fazit: Einfluß von WTO-Organen auf die Vertragskoordination . . . . .	58

## 2. Kapitel

<b>Programmkonflikte, Kollisionsregeln, Koordination</b>	<b>59</b>
A. Programmkonflikte und Normenkollisionen . . . . .	59
I. Definition der untersuchungsrelevanten Normenkollision . . . . .	59
1. Besondere Bedeutung des Vertragsrechts . . . . .	59
2. Betrachtung materieller Kollisionen, Irrelevanz formeller Kollisionen . . . . .	60
3. Definition des kollisionsbegründenden Normwiderspruchs . . . . .	60
a) Der kollisionsbegründende Widerspruch im Sinne dieser Untersuchung . . . . .	60
b) Übereinstimmung mit dem Kollisionsbegriff im WTO-Recht . . . . .	61
II. Definition der Programmkonflikte . . . . .	63
B. Rechtsprinzipien des Verhältnisses zwischen Vertragsordnungen . . . . .	65
I. Unabhängigkeit als Regelfall . . . . .	65
II. Die Beziehungen zwischen VN und VN-Sonderorganisationen . . . . .	68
III. Indirekte (Ver-)Bindung durch ordnungsfremde Bindungen der Vertragsparteien . . . . .	68
C. Effektivität der Vorrangregeln gegenüber Programmkonflikten . . . . .	70
I. Jus cogens, internationaler ordre public . . . . .	71
II. Vorrangklauseln . . . . .	72
1. Vorranggewährende Klauseln . . . . .	73
2. Vorrangbeanspruchende Klauseln . . . . .	74
a) Art. 103 CVN . . . . .	74
b) Art. 311 Abs. 2, 3 Seerechtsübereinkommen (SRÜ) . . . . .	76
3. Explizite Anordnung, der Gleichrangigkeit von Verträgen . . . . .	78
4. Abweichende bzw. widersprüchliche Klauseln im selben Vertrag . . . . .	79
5. Vorrangregeln innerhalb des WTO-Rechts . . . . .	80
a) Verhältnis zwischen WTOA und anderen multilateralen Abkommen . . . . .	80
b) Das Verhältnis zwischen DSU und speziellen Streitbelegungs-normen . . . . .	80
c) Das Verhältnis zwischen den Warenabkommen (WTOA-Anhang 1A) . . . . .	81
d) Das Verhältnis zwischen Warenabkommen und GATS, Warenabkommen und TRIPS, GATS und TRIPS . . . . .	82
aa) Das Verhältnis zwischen Warenabkommen und GATS . . . . .	82
bb) Das Verhältnis zwischen Warenabkommen und TRIPS und zwischen GATS und TRIPS . . . . .	83
(1) TRIPS als generell vorrangige Spezialvereinbarung? . . . . .	84
(2) Ansätze einer harmonisierenden Auslegung von TRIPS und GATT/GATS . . . . .	84
(3) Fazit . . . . .	85

6. Fazit zu Vorrangklauseln	85
III. Vorrang kraft Spezialität („Lex specialis derogat legi generali“)	86
IV. Vorrang kraft Neuheit („Lex posterior derogat legi priori“)	89
^ V. Vorrang multipolarer Verträge?	90
VI. Politische Entscheidung; Pflichten zur Beseitigung von Konflikten	91
v VII. Ergebnis	91
> D. Die Koordination völkerrechtlicher Vertragsordnungen	92
I. Die Begriffe der Koordination und der Kooperation	92
II. Verschiedene Arten der Koordination	95
1. Die fünf Parameter der unterschiedlichen Arten der Koordination...	95
2. Beispiele der internationalen Koordination	96
a) Akte exekutiver Koordination	96
b) Akte legislativer Koordination	97
c) Akte judikativer Koordination	98
E. Kooperationsabkommen zwischen internationalen Organisationen	98
I. Grundlagen der internationalen Kooperation	99
II. Arten von Kooperationsabkommen	99
III. Gebiete der Kooperation	101
1. Technisch-administrative Kooperation	101
a) Administrative Kooperation	102
b) Technische Hilfe zur Unterstützung der Vertragserfüllung	102
c) Finanzielle Unterstützung zur Vertragserfüllung	102
d) Wissenschaftliche Beratung als Kooperationsaufgabe	103
2. Politische Kooperation	104
a) Bilaterale Abkommen zwischen den Finanzorganisationen	104
b) Beziehungen der WTO zu anderen I.O.	106
c) Politische Koordination und Kompetenzabgrenzung als seltenes Phänomen	106
3. Judikative Kooperation zwischen internationalen Gerichten	107
IV. Fazit	109

*2. Teil*

**Konflikte des materiellen Völkervertragsrechts**

*1. Kapitel*

**Das Verhältnis von WTO und Umweltschutzrecht** 112

v A. Einleitung	112
I. Vier Verbindungslinien zwischen Umwelt und Handel	113
II. Handelsmaßnahmen als Umweltschutz, Umweltschutz als Handelsmaßnahme	115
\ III. Konflikte und Synergien	116

B. Umweltrelevante WTO-Normen	119
I. Die wichtigsten Vorgaben des GATT und des GATS	121
1. Meistbegünstigung	121
2. Diskriminierungsverbot/Inländergleichbehandlung	122
a) Art. III Abs. 1 GATT	122
b) Art. III Abs. 2 GATT	123
aa) Art. III Abs. 2 S. 1 GATT	123
bb) Art. III Abs. 2 S. 2 GATT	124
c) Art. III Abs. 4 GATT	126
aa) Gleichartigkeit substituierbarer Waren	127
bb) Fehlende Gleichartigkeit wegen unterschiedlicher Herstell-	
lungs-/Gewinnungsverfahren (PPM)?	129
(1) Mißverständnisse bzgl. PPM und bzgl. der Bedeutung	
des Art. III GATT	130
(2) Ist ein Verbot von PPM-Vorgaben noch aufrechtzuerhal-	
ten?	131
d) Art. XVII GATS	135
3. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen; Marktzugang	136
a) Verbot mengenmäßiger Beschränkungen (Art. XI GATT)	136
b) Marktzugang (Art. XVI, VI GATS)	136
4. Allgemeine Ausnahmen	137
a) Art. XX lit. b) GATT, Art. XIV lit. b) GATS	137
b) Art. XX lit. g) GATT	138
c) Art. XX lit. a) GATT, Art. XIV lit. a) GATS	141
d) Einleitungssatz des Art. XX GATT bzw. des Art. XIV GATS	143
II. TBT-Abkommen	145
1. Anwendungsbereich	145
2. Grundlegende Vorgaben für Regulierungsmaßnahmen	146
a) Diskriminierungsverbot, Meistbegünstigung	146
b) Berechtigte Ziele und Erforderlichkeit	147
c) Das Verhältnis nationaler Regulierungen zu internationalen Stan-	
dards	147
d) Prozedurale und materielle Anforderungen an technische Nor-	
men	149
e) Verfahrensvorschriften	150
III. SPS-Abkommen	151
1. Anwendungsbereich	151
2. Zweck des SPS	151
3. Grundlegende Vorgaben für Regulierungsmaßnahmen	152
a) Wissenschaftlicher Nachweis von Gefahr oder Risiko	152
b) Erforderlichkeit	152
c) Nichtdiskriminierung und Konsistenz	153
d) Das Verhältnis nationaler Regulierungen zu internationalen Stan-	
dards	153

4. Weitere SPS-Normen . . . . .	154
5. Rechtspolitische Brisanz des SPS. . . . .	154
IV. TRIPS. . . . .	155
1. Grundsätze des TRIPS. . . . .	156
2. Die materiellen Schutzstandards und ihre ökologische Relevanz . . . . .	157
a) Patentschutz, biologische Vielfalt und Gentechnik. . . . .	158
b) Schutz von „Erfindungen“ bei Mikroorganismen und Pflanzenzüchtungen . . . . .	159
c) Ausnahmen, institutionelle TRIPS-Normen . . . . .	161
V. Die Präambel des WTO-Übereinkommens. . . . .	161
1. Die rechtliche Wirkung der WTOA-Präambel. . . . .	161
2. Umweltschutz und „nachhaltige Entwicklung“ in der WTOA-Präambel. . . . .	162
3. Das Heranziehen der WTOA-Präambel zur Auslegung von WTO-Recht durch den Appellatei Body. . . . .	163
VI. Weitere Umweltnormen des WTO-Rechts. . . . .	164
C. Berichte von GATT-/WTO-Paneln zu Handel und Umweltschutz . . . . .	164
I. US - Tuna I. . . . .	165
1. Der Sachverhalt . . . . .	165
2. Der Bericht des Panel „US - Tuna I“. . . . .	165
3. Die Bedeutung des Berichts. . . . .	166
II. US - Tuna II. . . . .	167
1. Der Sachverhalt . . . . .	167
2. Der Bericht des Panel „US - Tuna II“. . . . .	167
3. Die Bedeutung des Berichts. . . . .	168
III. US - Reformulated Gasoline. . . . .	169
1. Der Sachverhalt . . . . .	169
2. Der Bericht des Panel „US - Reformulated Gasoline“. . . . .	169
3. Der Bericht des Appellate Body in „US - Reformulated Gasoline“. . . . .	170
4. Die Bedeutung des Berichts. . . . .	171
IV. US - Shrimp. . . . .	172
1. Der Sachverhalt . . . . .	172
2. Der Bericht des Panel „US - Shrimp“. . . . .	172
3. Der Bericht des Appellate Body in „US - Shrimp“. . . . .	173
a) Die Rechtmäßigkeit von PPM im GATT. . . . .	174
b) Kooperative vs. unilaterale Festlegung von PPM. . . . .	174
aa) Kooperative Festlegung von PPM. . . . .	175
bb) Rechtmäßigkeit unilateraler extraterritorialer Umweltmaßnahmen . . . . .	176
c) Voraussetzungen und Grenzen extraterritorial wirkender Rechtssetzung. . . . .	176
d) Verletzungen des Einleitungssatzes des Art. XX GATT. . . . .	177

e)	Rechtmäßigkeit extraterritorialer Umweltstandards nur bei Finanzhilfen? .....	179
(1)	Die WTOA-Präambel .....	179
(2)	Das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung .....	180
(3)	Fehlende Finanzhilfe als Diskriminierung i.S.d. Art. XX GATT? .....	181
(4)	Fazit .....	182
(5)	Folgen für das WTO-Streitverfahren .....	182
4.	Die Bedeutung des Berichts .....	184 <sup>A</sup>
V.	EC - Asbestos .....	185
1.	Der Sachverhalt .....	185
2.	Der Bericht des Panel „EC - Asbestos“ .....	186
a)	Anwendungsbereich des TBT .....	186
b)	Verletzung der Art. III Abs. 4, Art. XI GATT .....	187
c)	Rechtfertigung nach Art. XX lit. b) GATT .....	188
d)	Nichtverletzungsbeschwerde gegen Maßnahmen des Gesundheitsschutzes .....	190
3.	Der Bericht des Appellate Body in „EC - Asbestos“ .....	191
a)	Anwendungsbereich des TBT .....	191
b)	Gleichartigkeit i.S.d. Art. III Abs. 4 GATT .....	192
c)	Rechtfertigung nach Art. XX lit. b) GATT .....	194
d)	Nichtverletzungsbeschwerde gegen Maßnahmen des Gesundheitsschutzes .....	195
4.	Die Bedeutung des Berichts .....	196
VI.	Chile - Swordfish .....	198
1.	Der Sachverhalt .....	198
2.	Die in „Chile - Swordfish“ aufgeworfenen Fragen .....	199
a)	Hafenzugang als Teil der Transitfreiheit des Art. V GATT .....	200
b)	Das Landungsverbot als Maßnahme i.S.d. Art. XX lit. g) GATT .....	201
c)	Auslegung des Einleitungssatzes des Art. XX GATT unter Beachtung des Seevölkerrechts .....	202
aa)	Die Relevanz des VN-Fischereiabkommens .....	202
bb)	Die Bedeutung der Art. 7 Abs. 4, 5, Art. 23 Abs. 3 VN-Fischereiabkommen für die Auslegung des Art. XX GATT .....	204
cc)	Galapagos-Abkommen als Kooperationsabkommen i.S.d. Art. XX GATT, Art. 23 FA? .....	206
3:	Die Bedeutung von „Chile - Swordfish“ .....	207
VII.	EC - Hormones .....	208
1.	Der Sachverhalt .....	208
2.	Die Berichte des Panel „EC - Hormones“ .....	208
3.	Der Bericht des Appellate Body in „EC - Hormones“ .....	209
a)	Internationale und nationale Standards (Art. 3 Abs. 1-3 SPS) .....	209

b)	Die Anforderungen des Art. 5 Abs. 1, 2 SPS an Risikoeermittlungen	211
c)	Diskriminierung oder versteckte Handelsbeschränkung nach Art. 5 Abs. 5, Art. 2 Abs. 3 SPS	213
d)	Die Bedeutung des Vorsorgeprinzips im SPS	215
4.	Die Bedeutung des Berichts	216
VIII.	Australia - Salmon	217
1.	Der Sachverhalt	217
2.	Der Bericht des Panel „Australia - Salmon“	217
3.	Der Bericht des Appellate Body in „Australia - Salmon“	218
a)	Das Verhältnis zwischen den besonderen Pflichten (Art. 5 SPS) und den allgemeinen Pflichten (Art. 2 SPS)	218
b)	Korrekte Risikoeermittlung, nach Art. 5 Abs. 1 SPS	218
c)	Diskriminierung oder versteckte Handelsbeschränkung nach Art. 5 Abs. 5, Art. 2 Abs. 3 SPS	219
d)	Erforderlichkeit der Maßnahme gemäß Art. 5 Abs. 6, Art. 2 Abs. 2 SPS	221
4.	Die Bedeutung des Berichts	222
IX.	Japan - Varietals	223
1.	Der Sachverhalt	223
2.	Der Bericht des Panel „Japan - Varietals“	223
3.	Der Bericht des Appellate Body in „Japan - Varietals“	224
a)	Verhältnis zwischen Art. 2 Abs. 2 und Art. 5 Abs. 1 SPS	224
b)	Die Anforderungen an vorläufige Maßnahmen nach Art. 5 Abs. 7 SPS	225
c)	Vorbringen von Alternativen (Art. 5 Abs. 6 SPS); Maßnahmen i.S.d. Art. 7 SPS	226
4.	Die Bedeutung des Berichts	226
X.	Fazit: Koordinationsfreundliche Methodik, WTO-Konformität umweltbezogener Handelsschranken	227
1.	Koordinationsfreundliche Auslegungsmethodik	227
2.	Die WTO-Konformität umweltbezogener Handelsbeschränkungen	228
D.	Multilaterale Umweltabkommen (MEAs) und WTO-Recht	230
I.	Die wichtigsten Handelsbeschränkungen erlaubenden multilateralen Umweltabkommen (MEAs)	231
1.	Washingtoner Artenschutzabkommen (CITES)	231
a)	Ziel und Anwendungsbereich	»231
b)	Import und Export der vom Aussterben bedrohten Anhang I-Arten	232
c)	Import und Export von Anhang II-Arten	232
d)	Import und Export von Anhang III-Arten	233
e)	Zusammenfassung der Handelsbeschränkungen, Fazit	233
f)	Handelsbeschränkungen gegenüber Nichtparteien	233

2.	Möntrealer Protokoll zum Wiener Übereinkommen über den Schutz der Ozonschicht (MP) . . . . .	234
	a) Ziel und Anwendungsbereich . . . . .	234
	b) Grundlegende Rechte und Pflichten, Handel zwischen Vertragsparteien . . . . .	235
	c) Handelsbeschränkungen gegenüber Nichtparteien . . . . .	236
3.	Basler Konvention über die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle (BC) . . . . .	237
	a) Ziel und Anwendungsbereich . . . . .	237
	b) Grundlegende Rechte und Pflichten . . . . .	238
	aa) Handelsverbot gegenüber Nichtparteien (Art. 4 Abs. 5, Art. 11), PIC (Art. 4 Abs. 1) . . . . .	238
	bb) Absolutes Handelsverbot zwischen Parteien (Art. 4A) . . . . .	239
	cc) Haftung und Streitbeilegung . . . . .	240
4.	Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen (FCCC) und Kyoto-Protokoll (KP) . . . . .	240
	a) Ziel und Struktur . . . . .	240
	b) Pflichten zur Reduktion von Treibhausgasemissionen . . . . .	241
	c) Handelsbeschränkungen . . . . .	241
	d) Gemeinsame Umsetzung, Mechanismus für saubere Entwicklung, Emissionshandel . . . . .	243
	aa) Gemeinsame Umsetzung (Art. 6) . . . . .	243
	bb) Mechanismus für saubere Entwicklung (Art. 12) . . . . .	244
	cc) Emissionshandel (Art. 17) . . . . .	245
5.	Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) . . . . .	246
	a) Ziele der CBD, Interessengleichgewicht . . . . .	246
	b) Grundlegende Rechte und Pflichten mit Handelsbezug . . . . .	246
	aa) Schutzmaßnahmen . . . . .	247
	bb) Die Bedeutung des Schutzes geistigen Eigentums für nachhaltige Nutzung . . . . .	248
	c) Das Verhältnis der CBD zu anderen Abkommen (Art. 22 Abs. 1 CBD) . . . . .	250
6.	Biosicherheitsprotokoll (BSP) . . . . .	250
I	a) Anwendungsbereich des BSP . . . . .	251
	b) Vorherige Zustimmung zum Import freizusetzender LMO (Art. 7-10, 12 BSP), Vorsorge . . . . .	252
	c) Risikoermittlung (Art. 15 BSP) . . . . .	255
	d) Risikomanagement (Art. 16 BSP) . . . . .	255
	e) Einfuhr und Verwendung von LMO in Nahrungs-, Futter- oder Produktionsmitteln (Art. 11 BSP) . . . . .	256
	f) Handhabung, Transport, Verpackung und Identifizierung (Art. 18 BSP) . . . . .	257
	g) Haftung . . . . .	257
	h) Das Verhältnis gegenüber Nichtparteien, Streitbeilegung . . . . .	257

7. Rotterdamer PIC-Konvention bzgl. Chemikalien und Pestiziden (PICCP) .....	258
a) Ziel und Anwendungsbereich der PICCP .....	258
b) Die wichtigsten Pflichten .....	260
aa) Einhaltung der Importvorgaben bei Anhang IH-Chemikalien (Art. 11) .....	260
bb) Exportnotifizierung von nicht in Anhang III aufgeführten, innerstaatlich beschränkten Chemikalien (Art. 12) .....	260
cc) Kennzeichnungspflichten (Art. 13) .....	260
dd) Notifizierung innerstaatlicher Verbote oder Beschränkungen (Art. 5) .....	261
ee) Zügige Entscheidung über die Zulässigkeit von Importen (Art. 10) .....	261
ff) Verknüpfung von Handelsbeschränkungen mit innerstaatlichen Maßnahmen .....	261
c) Fazit .....	262
8. Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) .....	262
a) Meeresumweltschutz .....	263
b) Schutz der Meerestiere, Fischereiregelungen .....	263
c) Vorgaben des SRÜ gegenüber Handelsbeschränkungen .....	265
II. Typische Kollisionen zwischen WTO-Recht und MEAs .....	266
1. Verstöße gegen GATT und GATS .....	266
a) Verletzung des Meistbegünstigungsgebots .....	266
aa) Handelsbeschränkungen gegenüber Nichtparteien .....	266
bb) Privilegierung von Entwicklungsländern als Verstoß? .....	267
b) Schlechterstellung gleichartiger Waren bzw. Dienste .....	267
c) Nichttarifäre Handelshemmnisse .....	268
d) Rechtfertigung nach Art. XX GATT, Art. XIV GATS .....	268
2. Konflikte mit dem TBT .....	271
3. Konflikte mit dem SPS .....	271
4. Verhältnis von TRIPS und CBD .....	272
5. Potenzielle Konflikte zwischen Klimaschutz und WTO-Recht .....	275
a) Die Ausgestaltung des Handels- mit Emissionsrechten .....	275
b) Mögliche Beeinträchtigungen des herkömmlichen Waren-/Diensthandels .....	276
c) Ausgleichsabgaben gegenüber Importen .....	277
d) Sonstige mögliche Konflikte .....	278
III. Fazit zu WTO-Recht und multilateralem Umweltschutz .....	279

## 2. Kapitel • \

**Andere Konflikte zwischen WTO-Recht  
und handelsverbundeneh Ordnungen**

280

A.	Handel und grundlegende Arbeitsrechte.....	280
I.	Handel und Arbeitsrechte in der wissenschaftlichen Diskussion.....	280
II.	Die Rechtsgrundlagen der Arbeitsrechte.....	282
	1. Bestimmungen der ILO und der VN.....	282
	2., Verankerung von Arbeitsrechten im WTO-Recht?!	282
<b>III.</b>	<b>Politische Initiativen zu Handel und Arbeitsrechten.....</b>	<b>284</b>
B.	Handel und Menschenrechte.....	287
I.	Die WTO-Konformität von Handelsbeschränkungen zum Schutz von .Menschenrechten.....	288
II.	Die Bindung des WTO-Rechts an die Menschenrechte.....	289
	1. Allgemeine Rechtslage !.....	289
	2. Einzelne Menschenrechte und ihre Beeinflussung durch das TRIPS .	290
	a) Recht auf Leben und Gesundheit, Recht auf Nahrung.....	291
	b) Die Pflichten des TRIPS zum Schutz geistigen Eigentums . . . .	291
	c) Die Gewichtung der Erfinderrechte gegenüber anderen Men- schenrechten.....	292
	aa) Gleichrangigkeit beider Rechtskreise in den Menschen- rechtsinstrumenten.....	292
	bb) Die Abwägung im TRIPS.....	293
	3. Fazit zum Verhältnis des WTO-Rechts zu den Menschenrechten an- hand des Beispiels TRIPS.....	294
C.	TRIPS und TRIPS-relevante WIPO-Abkommen.....	295
I.	Die Struktur des TRIPS.....	295
II.	Materielirechtliche Auslegungsunterschiede.....	296
III.	Faktische Aussetzung von WIPO-Pflichten durch die WTO.....	297
D.	Handel und Finanzen, Handel und Entwicklung, Finanzen und Entwicklung	298
I.	Handel und Finanzen.....	298
II.	Handel und Entwicklung.....	300
III.	Finanzen und Entwicklung.....	300
IV.	Bewertung.....	301
E.	Handel und Weltpostvertrag, Handel und Telekommunikation.....	302
I.	Die Beeinflussung des Weltpost Vertrags durch das GATS.....	302
	1. Endvergütungen (Art. 49 WPV a.F., Art. 40 WPV n.F.).....	302
	a) Bisherige Ungleichbehandlungen nach Art. 49 Weltpostvertrag a.F.....	302
	b) Anwendbarkeit des GATS; fehlende Rechtfertigung für MFN- Verstöße.....	303

- c) Das neue Endvergütungsregime (Art. 44 WPV n.F.); Marktzugangsrechte. . . . . 304
- 2. Remailing (Art. 25 WPV a. F., Art. 40 WPV n.F.) . . . . . 306
  - a) Die unterschiedliche Problematik von ABA-Remailing und ABC-Remailing . . . . . 306
    - aa) ABA-Remailing nach altem und neuem Weltpostvertrag . . . . . 306
    - bb) ABC-Remailing nach dem alten Weltpostvertrag . . . . . 307
  - b) Die Neuregelung des ABG-Remailing in Art. 40 Abs. 4 WPV . . . . . 307
- II. Internationale Telekommunikationsverordnung (ITR) und GATS. . . . . 308
  - 1. Die unterschiedlichen Zugangsregelungen von ITR und GATS, das Problem der Verbindungstarife. . . . . 308
    - a) Regelungsrahmen für Verbindungstarife als staatliche Maßnahme i. S. d GATS. . . . . 309
    - b) Hohe und diskriminierende Verbindungstarife nach bisherigem ITU-Recht . . . . . 309
    - c) Gegenwärtige Tolerierung im WTO-Recht, künftige Verschärfungen. . . . . 310
    - d) Reformen im Rahmen der ITU. . . . . 311
- III. Fazit . . . . . 312
- F. Vergleich der verschiedenen Programmkonflikte. . . . . 312
  - I. Handel und Umwelt, Arbeitsrechte, Menschenrechte. . . . . 312
  - II. Handel und Finanzen, Entwicklung. . . . . 314
  - III. Handel und Post, Telekommunikation, Geistiges Eigentum. . . . . 314
  - IV. Fazit des Vergleichs der verschiedenen Programmkonflikte. . . . . 315

*3. Kapitel*

**Verfahren zur Lösung von Programmkonflikten** 317

- A. Änderung des Vertragstextes. . . . . 319
  - I. Einführung: Wirkungen und allgemeine Voraussetzungen von Vertragstextänderungen. . . . . 319
    - 1. Abgestufte Zustimmungserfordernisse. . . . . 319
    - 2. Ausnahmen vom Erfordernis der internen Ratifikation. . . . . 320
  - II. Voraussetzungen der Änderung des WTO-Rechts. . . . . 321
  - III. Vorschläge zur Änderung des WTO-Rechts zur Berücksichtigung multilateraler Umweltabkommen. . . . . 322
    - 1. Allgemeine Ausnahme für den ganzen Sachbereich. . . . . 322
    - 2. Allgemeiner Vorrang einzelner Verträge - Vorgeschlagene MEA-Ausnahmeklausel. . . . . 323
      - a) Implizite Höherrangigkeit des WTO-Rechts gegenüber nicht unter die Vorrangklausel fallende MEAs?. . . . . 324
      - b) Form, Verfahren und inhaltliche Kriterien einer Vorrangklausel für MEAs./ . . . . . 325
        - aa) Form der Vorrangklausel. . . . . 325

bb)	Verfahren der Vorrangeinräumung . . . . .	326
(1)	Vörrangeinräumung durch WTO-Rat oder durch Panel? . . . . .	326
(2)	Zeitpunkt der Beantragung der Freistellung. . . . .	327
(3)	Antragsrecht auf Freistellung . . . . .	328
cc)	Inhaltliche Kriterien der Freistellung von MEAs. . . . .	328
c)	Risiken und Nebenwirkungen von Vorrangklauseln. . . . .	330
B.	Implizite Vertragsänderung, Verwirkung'und Vertragsergänzung. . . . .	331
I.	Implizite Vertragsänderung. . . . .	331
1.	Spätere Vertragspraxis als derogierendes Gewohnheitsrecht . . . . .	331
2.	Konkludenter Änderungsvertrag. . . . .	332
II.	Verwirkung (Estoppel). . . . .	333
III.	Vertragsergänzung mittels Sekundärrecht . . . . .	334
IV.	Bewertung. . . . .	335
C.	Harmonisierende allgemeinverbindliche Vertragsauslegung. . . . .	335
I.	Die Bedeutung der harmonisierenden Auslegung . . . . .	335
II.	Die Bedeutung allgemeinverbindlicher Interpretationen. . . . .	337
1.	Die allgemeinverbindliche Interpretation im allgemeinen Völkervertragsrecht . . . . .	337
2.	Allgemeinverbindliche Interpretation des WTO-Rechts. . . . .	339
3.	Allgemeinverbindliche Interpretation umweltrelevanten WTO-Rechts. . . . .	341
a)	Vorrang von MEAs vor dem GATT. . . . .	342
b)	Extraterritoriale Wirkung von Produktionsstandards (PPM). . . . .	342
4.	Realisierungschancen harmonisierender allgemeiner Auslegungen. . . . .	343
D.	Harmonisierende Auslegung in Streitentscheidungen. . . . .	343
I.	Zur Bedeutung von Streitentscheidungen für Vertragsordnungen. . . . .	343
II.	Auslegung des WTO-Rechts nach den herkömmlichen Regeln des Völkerrechts. . . . .	344
1.	Art. 31, 32 WVK als herkömmliche Auslegungsregel(n) des Völkerrechts. . . . .	346
2.	Weitere Artikel der WVK als Auslegungskriterien. . . . .	348
3.	Ungeschriebene Auslegungskriterien. . . . .	350
4.	Fazit zu den Kriterien der Auslegung des WTO-Rechts. . . . .	355
III.	Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK als Klammer konfligierender Ordnungen. . . . .	357
1.	Die GATT-/WTO-Streitbelegungspraxis. . . . .	357
a)	GATT-Berichte. . . . .	358
b)	WTO-Berichte. . . . .	359
c)	Fazit zur Stellung des Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK in Streitberichten von GATT und WTO. . . . .	364
2.	Ziel und Bedeutung des Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK. . . . .	365
a)	Verträge als einschlägige Völkerrechtssätze. . . . .	366
b)	Begrenzung auf materiellrechtliche Völkerrechtssätze?. . . . .	366
c)	Entstehungszeitpunkt des einschlägigen Völkerrechtssatzes. . . . .	366

d)	„Parteien“ i.S.d. Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK	368
aa)	Alle Vertragsparteien	368
bb)	Die Parteien des Streitfalles	369
cc)	Eine Partei des Streitfalles	370
dd)	Entscheidung	372
	(1) Umfang des Art. 34 WVK: Verbot der Beeinflussung durch Auslegung?	372
	(2) Folgen einer weiten Auslegung des Art. 34 WVK für Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK	374
	(3) Beeinflussung der Auslegung nur bei bipolaren Verträgen / Normen?	376
	(a) MEAs und ILO-Konventionen als multipolare Verträge	377
	(b) WTO-Recht als bipolares Recht	377
	(4) Zulässigkeit und Erforderlichkeit einer wechselseitigen Beeinflussung?	378
	(a) Unmögliche, wechselseitige Beeinflussung bei fehlender Parteiidentität	378
	(b) Erforderlichkeit einer wechselseitigen Beeinflussung?	379
	(5) Erfordernis einheitlicher Auslegung des WTO-Rechts?	379
	(6) Fazit zur Zulässigkeit einer geteilten Interpretation bipolarer Verträge	382
	(7) Extensive Auslegung des Art. 31 Abs. 3 lit. c): Einfluß auf alle Parteien?	382
	(8) Das besondere Problem der fehlenden Bindung einer Streitpartei	383
	(a) Allgemeine-Rechtsslage	383
	(b) Sonderfall WTO?	385
	(9) Fazit zur Bedeutung von „Parteien“ i.S.d. Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK	387
e)	Umfang und Grenzen, Verbote und Geböte der Auslegung nach Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK	387
aa)	Berücksichtigungsgebot; Umfang der Divergenz in der Auslegung	387
bb)	Unterschiedliche Durchsetzbarkeit von Normen als Grenze des Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK	390
	(1) Das Beispiel des Art. XX lit. a) GATT und der ILO-Erklärung über grundlegende Rechte bei der Arbeit	390
	(2) Unterscheidung zwischen Gehalt Und Durchsetzbarkeit von Normen	392
cc)	Rechtmäßigkeit des Heranziehens innerhalb der heranziehenden Ordnung	394
	(I) Ausdrückliche Ermächtigung zum Heranziehen von Normen eines speziellen Regimes	394

	^	
	(2) Ausdrückliche Ermächtigung zum Heranziehen ohne Nennung eines speziellen Regimes	394
	(3) Fehlende Erwähnung einer Heranziehbarkeit regime-fremder Nonnen	395
dd)	Begrenzung des Heranziehens durch das heranzuziehende Regime	396
	(1) Verhindern einer ungewollten Durchsetzung über fremde Mechanismen	396
	(2) Die Bedeutung eines allgemeinen Störungsverbots	397
ee)	Störungsverbot nicht nur Grenze, auch Gebot der Harmonisierung	404
	(1) Verhältnis zwischen Ordnungen verschiedener Bereiche des besonderen Völkerrechts	404
	(a) Inhalt und Grenzen des Störungsverbots nach Ruffert	404
	(b) Das Störungsverbot als partielles Gebot der Koordination	406
	(c) Inhalt und Grenzen des Störungsverbots	410
	(2) Stärkeres Störungsverbot zwischen Ordnungen desselben Bereichs des besonderen Völkerrechts?	412
IV.	Fallstudie zu Art. 31 Abs. 3 lit. c) VVK: WTO-Recht und Biosicherheitsprotokoll	413
1.	Einleitung: Die Bedeutung des Konflikts zwischen WTO-Recht und BSP	413
2.	Mögliche Konflikte zwischen BSP und WTO-Recht	414
3.	Die auf BSP-Maßnahmen anwendbaren WTO-Abkommen	415
	a) Anwendbarkeit des SPS	416
	b) Anwendbarkeit des TBT	418
	c) Anwendbarkeit des GATT	418
4.	Möglichkeiten der harmonisierenden Auslegung von BSP und WTO-Recht	419
	a) Verbot einer harmonisierenden Auslegung durch die Präambel des BSP?	419
	b) Genehmigung erstmaliger Einfuhr freizusetzender LMO (Art. 7-10, 12 BSP)	421
	aa) Vereinbarkeit mit Art. 5 Abs. 1, 6, Art. 2 Abs. 2 SPS	421
	bb) TBT-Konformität von Importverboten oder -auflagen (Art. 7-10, 12 BSP)	423
	cc) Vereinbarkeit von Importverboten oder -auflagen mit Art. III, XI GATT	424
	c) Verbindliche Kennzeichnung (Art. 18 Abs. 2 BSP)	427
	aa) Verstoß gegen Art. 5 Abs. 1, 6, Art. 2 Abs. 2 SPS	427
	bb) Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1, 2 TBT	428
	cc) Verstoß gegen Art. III, XI GATT	429
	d) Beibringung von Risikoinformationen (Art. 8 Abs. 1 BSP)	429

e)	Vorsorgemaßnahmen	430
aa)	Gehalt des Art. 5 Abs. 7 SPS	430
bb)	Gehalt der Art. 10 Abs. 6, Art. 11 Abs. 8 BSP	430
cc)	Unterschiede und wechselseitige Beeinflussung	431
	(1) Dauer der vorsorglichen Handelsbeschränkung	431
	(2) Berücksichtigung der Informationen des Antragstellers, Bescheidung	432
	(3) Symbiose	433
f)	Weitergehende nationale Beschränkungen	434
5.	Fazit zur harmonisierenden Auslegung von BSP und WTO-Recht	435
V.	Die Grenzen der harmonisierenden Auslegung	436
1.	Beispiel: Das SPS-Gebot wissenschaftlichen Risikonachweises und das Vorsorgeprinzip	436
2.	Allgemeine funktionale Grenzen der harmonisierenden Auslegung	437
VI.	Fazit	440
E.	In WTO-Entscheidungen anerkannte koordinierende Prinzipien	441
I.	Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in die Handelsfreiheit	441
1.	Erforderlichkeit der Maßnahme	444
a)	WTO-konformstes zumutbares Mittel	444
aa)	Der klassische Maßstab	444
bb)	Lockerung des Erforderlichkeitsmaßstabs in der neuesten Rechtsprechung	446
b)	Bestimmung der Erforderlichkeit durch WTO-fremde Abkommen	448
c)	Ermessens- und Prognosespielraum	450
aa)	Geringere Steuerungsgenauigkeit ökonomischer Instrumente	452
bb)	Wissenschaftlich und praktisch unausgereifte Konzepte als Alternative?	452
cc)	Totales Handelsverbot als milderes Mittel?	452
dd)	Politische Widerstände als Verhinderung von Alternativen?	453
ee)	Der Prüfungsmaßstab der WTO-Panel	454
ff)	Technische und finanzielle Hilfe als milderes Mittel?	455
gg)	Lokale Sonderbedingungen als eigenständige Kategorie eines Ermessensspielraums?	455
hh)	Effektivitätsprinzip und Einleitungssatz des Art. XX GATT	455
ii)	Kennzeichnungspflicht als Alternative zu Importverboten?	456
d)	Verhandlungen als Bedingung der Erforderlichkeit extraterritorialer Maßnahmen?	456
e)	Konsistenz von Beschränkungen: Erforderlichkeitskriterium im GATT?	458
f)	Weitergehendes Rechtmäßigkeitskriterium der wirtschaftlichen Effizienz?	459
g)	Beweislast für das Bestehen bzw. das Fehlen von Alternativen	459

h)	Prozessual umfassende Anwendung des Erforderlichkeitsgebots durch Panel und AB. . . . .	460
i)	Die Erforderlichkeit gemäß TBT und SPS. . . . .	461
2.	Angemessenheit der Maßnahme. . . . .	461
a)	Angemessenheitsprüfung in Art. XX GATT?. . . . .	461
aa)	Angemessenheit de lege lata als Teil der Erforderlichkeit?. . . . .	461
bb)	Angemessenheit de lege lata als Teil des Einleitungssatzes?. . . . .	462
cc)	Angemessenheit als Indiz der Erfüllung des Einleitungssatzes?. . . . .	464
dd)	Fazit. . . . .	464
b)	Angemessenheitsprüfung im TBT?. . . . .	464
c)	Angemessenheitskriterium im SPS?. . . . .	465
d)	Angemessenheitskriterium de lege ferenda sinnvoll? . . . . .	465
aa)	Vorteile. . . . .	466
bb)	Nachteile >..'. . . . .	466
cc)	Folgerungen. . . . .	467
3.	Elemente einer Verhältnismäßigkeitsprüfung im Einleitungssatz des Art. XX GATT. . . . .	467
a)	US - Gasoline: Ungleichbehandlung als Gegenstand einer Verhältnismäßigkeitsprüfung?. . . . .	468
b)	US - Shrimp: Spezielle Aspekte der Erforderlichkeit wegen des Chapeaus?. . . . .	470
aa)	Vergleichbarkeit statt Identität der Schutzpolitiken. . . . .	471
bb)	Räumliches und zeitliches Übermaß. . . . .	471
cc)	Verbot herkunftabhängiger Beschränkungen. . . . .	472
c)	Vergleich: Auslegung des Einleitungssatzes des Art. XX GATT und ähnlichen WTO-Rechts. . . . .	476
aa)	Auslegung der Art. 2 Abs. 3, Art. 5 Abs. 5 SPS in „EC - Hormones“ und „Australia - Salmon“. . . . .	476
	(1) Ablehnung der Gleichheit der Auslegung durch den AB. . . . .	477
	(2) Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Ungleichheit?. . . . .	478
bb)	Art. XXIV Abs. 5 GATT („Turkey - Restrictions“); Art. XVIII Abs. 9 GATT („India - Quantitative Restrictions“). . . . .	479
d)	Fazit. . . . .	481
4.	Verhältnismäßigkeit als allgemeiner Rechtsgrundsatz?. . . . .	481
5.	Fazit. . . . .	482
II.	Das Kooperationsgebot zwischen Staaten und zwischen Vertragsordnungen. . . . .	483
1.	Herstellungs-/Gewinnungsvorgaben (PPM) unter GATT, TBT und SPS. . . . .	484
a)	PPM unter dem GATT. . . . .	484
aa)	Verletzung der Art. III, XI GATT. . . . .	484
bb)	Rechtfertigung von PPM gemäß Art. XX GATT?. . . . .	485

b) Die Rechtmäßigkeit von PPM unter TBT und SPS. . . . .	485
2. Die GATT-Konformität extraterritorial wirkender Handelsbeschränkungen. . . . .	486
3. Das Kooperationsgebot bei extraterritorial wirkenden PPM. . . . .	490
4. Das Kooperationsgebot als Maxime der Koordination der Ordnungen. . . . .	493
F. Sekundärrecht, „soft law“: Auslegungsrelevante Vertragspraxis. . . . .	495
I. Voraussetzungen der Vertragspraxis im allgemeinen Völkerrecht. . . . .	495
II. Die Vertragspraxis im WTO-Recht. . . . .	497
III. Verbindliche Entscheidungen und unverbindliche Erklärungen. . . . .	498
IV. Die Bedeutung von Entscheidungen für die Vertragsauslegung. . . . .	499
V. Verbindliche und unverbindliche Entscheidungen. . . . .	499
VI. Die Bedeutung von Erklärungen für die Vertragsauslegung. . . . .	500
VII. Empfehlungen von WTO-Ausschüssen. . . . .	501
VIII. Fazit: Sekundärrecht und „soft law“ als Indikatoren der Berücksichtigung fremder Normen. . . . .	502
G. Flexible Vertragsanwendung durch ermächtigte Vertragsorgane. . . . .	503
I. Flexible Vertragsanwendung durch das IWF-Exekutivdirektorium. . . . .	504
II. EU-Kommission: Flexible Vertragsanwendung im Wirtschaftsrecht und mittels „Komitologie“. . . . .	506
1. Beihilfengenehmigung, Kartellfreistellung. . . . .	506
2. Delegierte Rechtsetzung: Durchführungsbestimmungen (Komitologie). . . . .	507
III. Flexible Anwendung im Verhältnis WTO-Recht/MEAs?. . . . .	508
IV. Fazit. . . . .	509
H. • Ausnahmegenehmigungen („Waiver“). . . . .	509
I. Fazit. . . . .	511

## 3. Teil

**Konkurrenzen und Kooperation der Streitbeilegung**

## 1. Kapitel

**Ausschließliche oder extravertragliche Zuständigkeit?** 525

A.	Ausschließliche Zuständigkeit der SRÜ-Gerichte?.....	525
I.	Obligatorische Streitbeilegung unter dem SRÜ_____• .....	525
II.	Internationaler Seegerichtshof als SRÜ-Streitbeilegungsorgan. ....	527
III.	Ausschließliche Zuständigkeit der SRÜ-Gerichte? .....	529
1.	Wortlaut des Art. 297 Abs. 1 SRÜ.....	529
2.	Ziel und Zweck des SRÜ und seiner Art. 311, 297, 287. ....	529
3.	Systematische Auslegung: Art. 297, 282, 281, 288 SRÜ .....	530
4.	Ergebnis. ....!	531
B.	Ausschließliche Zuständigkeit der WTO-Panel?.....	531
I.	Der Wortlaut der Art. 23, 6, 1 DSU.....	531
II.	Systematische Auslegung .....	532
III.	Ziel und Zweck der Art. 23, 6 DSU.....	533
IV.	Ergebnis. ....	534
C.	Extravertragliche Zuständigkeit.....	535
I.	Prüfungszuständigkeit nach eigenem Recht .....	536
1.	Prüfungszuständigkeit der SRÜ-Gerichte (Art. 288 SRÜ). ....	536
2.	Prüfungszuständigkeit der WTO-Panel (Art. 1 Abs. 1 S. 2 DSU)....	536
II.	Prüfungskompetenz angesichts des allgemeinen Völkerrechts. ....	537

## 2. Kapitel

**Kompetenzregeln für parallele Zuständigkeiten** . 538

A.	Völkervertragsrecht, insbesondere Art. 30 WVK .....	539
I.	Erfassung der gerichtlichen Zuständigkeit durch Art. 30 WVK. ....	539
II.	Vorrang nach Art. 30 WVK. ....	540
III.	Anwendbarkeit des Art- 30 WVK in der anderen Ordnung? .....	541
B.	Völkergewohnheitsrecht .....	542
C.	Prioritätsprinzip („lis pendens" bzw. „litispendence"). ....	543
D.	Spezielle Zuständigkeitsregeln, Allgemeine Rechtsgrundsätze, Grundsätze Internationalen Pivatrechts .....	545
I.	Spezielle Zuständigkeitsregeln im WTO-Recht und im SRÜ. ....	546
1.	Ausschluß der WTO-Streitbeilegung .....	546
2.	Parallelität von Verfahren. ....	546
3.	Empfehlung eines Vorrangs spezieller Verfahren. ....	547

4. Ausschluß der SRÜ-Streitbeilegung gemäß Art. 281 bzw. Art. 282 SRÜ.....	548
II. Rechts-/Kompetenzmißbrauch; Verstoß gegen Treu und Glauben .....	548
1. Rechts- bzw. Kompetenzmißbrauch .....	549
2. Verstoß gegen Treu und Glauben .....	551
III. Internationales Privatrecht: „Forum non conveniens“ .....	552
IV. Fazit .....	553
E. Beschränkung von Prüfungsumfang oder -dichte, Entscheidungsverweigerung .....	554
I. Beschränkung des Prüfungsumfangs .....	554
II. Beschränkung der Prüfungsdichte .....	555
III. Verweigerung von Sachentscheidungen .....	556
F. Fazit .....	558

### I 3. Kapitel

#### **Die Kompetenz von SRÜ-, WTO- und MEA-Gerichten bei parallelen Zuständigkeiten**

559

A. Konsens der Streitparteien bezüglich des Streitbeilegungsorgans .....	559
B. Dissens der Streitparteien bezüglich des Streitbeilegungsorgans .....	562
I. Kompetenz der SRÜ-Gerichte bei parallelen Zuständigkeiten .....	563
1. Wortlaut der Art. 282, 293, 311, 151 SRÜ .....	563
2. Ziel und Zweck des Seerechtsübereinkommens .....	564
3. Verneinung der Zuständigkeit in der Hauptsache „Southern Bluefin Tuna“ .....	565
4. Ergebnis .....	565
II. Kompetenz der WTO-Panel bei parallelen Zuständigkeiten .....	565
1. Art. 6, 23 DSU; spezielle Zuständigkeitsbegrenzungen .....	565
2. „US - FSC“ .....	566
3. „India — Quantitative Restrictions“, „Turkey - Restrictions“ .....	567
a) „India - Quantitative Restrictions“ .....	567
b) „Turkey - Restrictions“ .....	569
4. Bewertung der Berichte des Appellate Body .....	570
5. Ausschuß für Handel und Umwelt (CTE) .....	571
6. Fazit .....	571
III. Kompetenz der Gerichte multilateraler Umweltabkommen bei Zustän- digkeitsparallelität .....	572
IV. Ergebnis .....	573

## .. 4. Kapitel

**Gerichte für neutrale oder kooperative Entscheidungen . . . 575**

A.	Der Internationale Gerichtshof als neutrale Instanz . . . . .	575
I.	Entscheidung der gesamten Streitigkeit durch den IGH . . . . .	577
II.	Der IGH als Revisionsinstanz . . . . .	579
1.	Revisionsinstanzen im Völkerrecht . . . . .	579
2.	Vor- und Nachteile einer Revision durch den IGH . . . . .	580
3.	IGH als Revisionsinstanz für übergreifende Streitfälle <i>de lege lata</i> und <i>de lege ferenda</i> . . . . .	581
a)	Zulässigkeit nach CVN und IGH-Statut . . . . .	581
aa)	Rechtsgutachten (Art. 96 CVN, Art. 65-68 IGHSt) . . . . .	581
bb)	Streitverfahren, (Art. 92 CVN, Art. 34 ff. IGHSt) . . . . .	582
b)	Zulässigkeit gemäß der jeweiligen Vertragsordnungen . . . . .	582
4.	Fazit . . . . .	583
III.	Vorlageverfahren an den IGH . . . . .	583
1.	Ziele und Nachteile des Vorlageverfahrens . . . . .	584
a)	Ziele des Vorlageverfahrens . . . . .	584
b)	Nachteile des Vorlageverfahrens . . . . .	585
2.	Zulässigkeit <i>de lege lata</i> . . . . .	586
a)	Zulässigkeit nach VN-Charta und IGH-Statut . . . . .	586
aa)	Rechtsgutachten gemäß Art. 96 CVN i.V.m. Art. 65 IGHSt . . . . .	586
bb)	Streitverfahren gemäß Art. 92 CVN, Art. 34 ff. IGHSt . . . . .	586
b)	Zulässigkeit nach den jeweiligen Vertragsordnungen . . . . .	587
3.	Zulässigkeit von Vorlagebeschlüssen <i>de lege ferenda</i> . . . . .	588
a)	VN-Charta und IGH-Statut . . . . .	588
b)	Recht der Vertragsordnungen . . . . .	589
c)	Zuweisung durch einen unabhängigen völkerrechtlichen Vertrag . . . . .	589
4.	Fazit . . . . .	590
IV.	Entscheidung des IGH über die Entscheidungskompetenz . . . . .	590
1.	IGH-/StIGH-Entscheidungen über die Zuständigkeit anderer Gerichte . . . . .	590
2.	Justiziabilität der Kompetenzfrage . . . . .	592
B.	Gemeinsame Streitbelegungsgremien als kooperative Instanzen . . . . .	593
I.	Inhaltliche Entscheidung des gesamten Streitfalles . . . . .	595
1.	Grundsätzliche Überlegungen . . . . .	595
2.	ILO/WTO-Kooperation zu Handelsbeschränkungen wegen Verletzung grundlegender Arbeitsrechte . . . . .	596
a)	Charakteristika des Verfahrens . . . . .	597
b)	Zweistufigkeit des Verfahrens . . . . .	598
II.	Revisionszuständigkeit eines gemeinsamen Gremiums . . . . .	599

III. Entscheidung einer vorgelegten Rechtsfrage . . . . .	600
1. Vorteile eines gemeinsamen Gremiums gegenüber einer Vorlage . . . . .	601
2. Bindungswirkung der Auslegung durch ein gemeinsames Gremium . . . . .	602
3. Befugnis zur Beantragung der Vorlage . . . . .	602
IV. Bestimmung der Entscheidungskompetenz . . . . .	602
C. Revision zum Internationalen Gerichtshof nach Entscheidung eines gemeinsamen Gremiums . . . . .	603
D. Fazit . . . . .	603

## 5. Kapitel

### **Gutachten, Verfahrensbeitrag, Stellungnahmen Dritter** 605

A. Einholen von Gutachten durch das Gericht . . . . .	605
I. Pflichten, Voraussetzungen und Wirkungen der horizontalen Kooperation . . . . .	606
1. Pflicht zum Einholen von Gutachten . . . . .	606
a) Pflicht wegen eines Auslegungsmonopols einer Ordnung? . . . . .	607
b) Die Bedeutung des allgemeinen Störungsverbots . . . . .	609
c) Koordinationsbedarf am Beispiel des „Schwertfisch-Falls“ . . . . .	613
2. Institutionelle Anforderungen an befragte Ordnungen . . . . .	614
a) Kompetenz eines ständigen Vertragsorgans zur verbindlichen Auslegung . . . . .	614
b) Auslegung als politische Mehrheitsentscheidung? . . . . .	616
c) Auslegung durch das eigene Streitbeilegungsorgan . . . . .	616
d) Auslegung durch das Sekretariat? . . . . .	617
e) Auslegungsantrag durch die Streitparteien . . . . .	618
3. Ablauf der Auslegungs Kooperation und Bindungswirkung . . . . .	618
II. Gutachten vor dem Internationalen Gerichtshof . . . . .	619
III. Gutachten vor der Welthandelsorganisation . . . . .	620
IV. Gutachten vor dem Internationalen Seegerichtshof . . . . .	622
B. Verfahrensbeteiligung durch Beitritt zum Verfahren . . . . .	623
I. Verfahrensbeitrag vor dem Internationalen Gerichtshof . . . . .	623
1. Nebenintervention nach Art. 62 IGH-Statut . . . . .	623
2. Beitritt gemäß Art. 63 IGH-Statut . . . . .	625
II. Verfahrensbeitrag vor der Welthandelsorganisation . . . . .	627
III. Verfahrensbeitrag vor dem Internationalen Seegerichtshof . . . . .	629
C. Stellungnahmen Unbeteiligter („ <i>amicus curiae</i> briefs“). . . . .	630
I. Stellungnahmen vor dem Internationalen Gerichtshof . . . . .	631
1. Stellungnahmen in Streitverfahren . . . . .	632
a) Stellungnahmen Internationaler Organisationen . . . . .	632
b) Stellungnahmen unbeteiligter Staaten . . . . .	632
2. Stellungnahmen in Gutachtenverfahren . . . . .	633

II. Stellungnahmen vor der Welthandelsorganisation . . . . .	633
III. Stellungnahmen vor dem Internationalen Seegerichtshof . . . . .	634
IV. EU/EG und EFTA: Vorbild für ordnungsfremde Interventionen. . . . .	635
D. Fazit . . . . .	635

### 6. Kapitel

#### **Auswirkungen von Entscheidungen auf andere Ordnungen und deren Gerichte** , 637

A. Rechtliche Bindung der Gerichte an fremde Entscheidungen? . . . . .	637
I. Bindung an die Auslegung einer Norm? . . . . .	637
II. Erstreckung materieller Rechtskraft? . . . . .	639
III. Bedeutung des Art. 30 Abs. 3 WVK bei kollidierenden Urteilen. . . . .	640
B. Tatsächliche Beeinträchtigungen . . . . .	641 "
C. Widersprechende Auslegungen . . . . .	644
I. Abweichende Auslegungen derselben Norm. . . . .	645
II. Abweichende Auslegungen ähnlicher Normen. . . . .	647
III. Bewertung . . . . .	648
D. Fazit . . . . .	650
Schlußwort . . . . .	652

### 4. Teil

#### Zusammenfassung

A. Zunehmende Überschneidungen der Vertragsordnungen (Einleitung). . . . .	657
B. Prinzipien der Koordination völkerrechtlicher Ordnungen (1. Teil). . . . .	658
C. Konflikte des materiellen Völkerrechts (2. Teil). . . . .	661
I. Das Verhältnis zwischen WTO-Recht und Umweltschutzabkommen (1. Kap.) . . . . .	661
1. Grundlagen: Ausmaß und Qualität der Verknüpfungen (1. Kap. A.) . . . . .	661
2. Umweltrelevante WTO-Normen (1. Kap. B.) . . . . .	661
3. Panel-Berichte zu Handel und Umweltschutz (1. Kap. C.) . . . . .	670
4. Multilaterale Umweltabkommen (MEAs) (1. Kap. D. I.) . . . . .	675
5. Kollisionen zwischen WTO-Recht und Umweltabkommen (1, Kap. D. II.) . . . . .	679
II. Konflikte zwischen WTO-Recht und anderen handelsverbundenen Ord- nungen (2. Kap.) . . . . .	679
1. Internationaler Handel und grundlegende Arbeitsrechte (2. Kap. A.) . . . . .	679
2. Internationaler Handel und Menschenrechte (2. Kap. B.) . . . . .	680
3. TRIPS und TRIPS-relevante WIPO-Abkommen (2. Kap. C.) . . . . .	681
4. Handel und Finanzen, Handel und Entwicklung (2. Kap. D.) . . . . .	682

5. Handel und Weltpostvertrag, Handel und Telekommunikation (2. Kap. E.) .....	683
6. Vergleich der verschiedenen Konflikte (2. Kap. F.) .....	684
III. Verfahren zur Lösung von Programmkonflikten (3. Kap.) .....	686
D. Konkurrenzen und Kooperation der Streitbeilegung (3. Teil) .....	692
I. Ausschließliche oder extra vertragliche Zuständigkeit? (1. Kap.) .....	693
II. Kompetenzregeln für parallele Zuständigkeiten (2. Kap.) .....	693
III. Kompetenzen von WTO, SRÜ, MEAs bei parallelen Zuständigkeiten (3. Kap.) .....	695
IV. Gerichte für neutrale oder kooperative Entscheidungen (4. Kap.) .....	696
V. Gutachten, Verfahrensbeitritt, Stellungnahmen Dritter (5. Kap.) .....	697
VI. Auswirkungen von Entscheidungen auf andere Ordnungen (6. Kap.) ..	701
E. Schlußwort .....	702
<b>Summary</b> .....	704
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	716
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	758